

Pensionskassen und AHV könnten Millionen verlieren

Liechtensteiner Pensionskassen sind zu einem geringen Teil in Russland investiert. Insgesamt sind die Kassen aber solide aufgestellt.

Grosse Pensionskassen aus der Schweiz haben Millionenbeträge in Russland investiert – vor allem in Staatsanleihen. Das Problem: Verkaufen ist nicht möglich, weil Russland westlichen Unternehmen vorübergehend den Ausstieg aus russischen Investitionen verbietet. Wie sind die Pensionskassen und die AHV in Liechtenstein in Russland investiert, und müssen sie sich auf einen Totalverlust einstellen? Auf Nachfrage gibt zum Beispiel die LLB-Vorsorgestiftung Auskunft: «Der Anteil russischer Anlagen ist sehr gering, unter 0,4 Prozent.» Bezogen auf das Gesamtvermögen, das bei rund 1,2 Milliarden Franken liegt, sind das also rund 4,8 Millionen Franken. Ist dieses Geld verloren? «Eine Einschätzung zur Ausfallwahrscheinlichkeit ist derzeit sehr schwierig. Dies hängt insbesondere davon ab, wie sich die Lage

weiter entwickeln wird», sagt Cyrill Sele als Mediensprecher der LLB. Auch Walter Fehr von der Pensionskasse Stiftung Sozialfonds kann noch nicht abschätzen, ob tatsächlich ein Totalausfall droht. Momentan rechnet er mit einem Verlust von rund 50 Prozent. Umso besser, dass die Stiftung nur zu 0,2 Prozent in russische Anlagen investiert ist. Bei einem Gesamtvermögen von 1,1 Milliarden sind es rund eine Million Franken, welche abgeschrieben werden müssten. Das sei nicht dramatisch, da geopolitische Risiken immer bestünden. Dennoch: Die Pensionskassen seien laut Fehr aufgrund der allgemeinen Unsicherheiten am Aktienmarkt durchaus gefordert. Soweit der Blick auf einzelne Einrichtungen. Die wichtige Frage: Bestehen für Liechtenstein systematische Risiken? «Pensionskassen investieren



Auch die AHV ist in Russland investiert – aber sehr gering. Bild: Archiv

langfristig, konservativ, diversifiziert und auf Sicherheit bedacht. Sie befinden sich in einer robusten Verfassung», betont Beat Krieger, der Mediensprecher der Finanzmarktaufsicht

(FMA). Die Anlagen der Pensionskassen mit Bezug zu Russland bewegen sich entsprechend gesetzlicher Vorgaben und interner Richtlinien in einem tiefen Bereich, «womit

kein unmittelbares Risiko für die Sicherheit der Pensionskassen besteht», betont die FMA. Von grösserer Relevanz sei die längerfristige Entwicklung der Finanzmärkte. «Wir befinden uns in einer ausserordentlichen Situation, und die FMA wird – in Zusammenarbeit mit den Pensionskassen – die Situation für jede Kasse beurteilen», so Krieger.

AHV: Abklärungen sind im Gange

Auch die AHV in Liechtenstein ist in Russland investiert. Gemäss AHV-Direktor Walter Kaufmann hätten alle grössten institutionellen Anleger, also auch die AHV-IV-FAK-Anstalten, ihre Wertschriften breit diversifiziert. Für die Anstalten ist eine angemessene Diversifikation auch rechtlich vorgeschrieben. «Die Anlagen enthalten daher auch einen Anteil

an Exposure gegenüber Russland und der Ukraine. Approximativ geschätzt, also ausgehend von der strategischen Asset Allocation der AHV-IV-FAK-Anstalten, ist dieser Anteil jedoch sehr gering», betont Kaufmann. Die Abklärungen mit den Vermögensverwaltern, wie hoch der Anteil in Bezug zum Gesamtvermögen tatsächlich ist, sind laut Kaufmann im Gange. «Vor allem aber: Das Wertschriftenexposure der Sozialwerke gegenüber diesen beiden Ländern ist wirklich nicht das grösste Problem im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen in der Ukraine», betont Kaufmann. Kein Wunder: Es zeichnet sich eine humanitäre Krise grösseren Ausmasses ab – mit bis zu sieben Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine.

Dorothea Alber